

N O T I Z E N

aus der 26. Sitzung des Bundesrates vom 14. April 1967

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Bonvin
<u>Abwesend:</u>	HH. Tschudi und Schaffner (dienstlich)
<u>Schriftführer:</u>	HH. Oser und Weber
<u>Protokolle:</u>	keine
<u>Beginn:</u>	9 Uhr
<u>Schluss:</u>	10 Uhr 10

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Aufenthalt von Stalins Tochter in der Schweiz

Wie Herr Spühler mitteilt, wickelt sich die Angelegenheit ausgezeichnet ab. Bisher ist ihr niemand auf die Spur gekommen. Der Sprechende gibt Kenntnis vom ^{te}vorstehenden Abflug nach USA. Sie wird beim Verlassen der Schweiz keine politische Erklärung abgeben. Dagegen wird ihr Anwalt nach Abflug des Flugzeuges eine Erklärung abgeben, in welcher der Schweiz der Dank für den gewährten Aufenthalt ausgesprochen wird. Der amerikanische Anwalt wird mitteilen, dass sie als sein Gast nach den USA geht. Dort wird sie sich kurz der Presse stellen; später soll dann noch eine Pressekonferenz stattfinden. Der Sprechende glaubt, dass wir ungeschoren wegkommen werden.

Herr von Moos nimmt an, dass sie mit allem einverstanden sei und dass alles mit ihrem freien Willen geschehe. Er hoffe, dass man davor sicher sei, dass sie nicht nachher Briefe schreibe mit negativem Inhalt. Er befürchte, dass im Moment, wo sie ihre Pressekonferenz in den USA gibt, man dem Bundesrat Vorwürfe mache, dass bei uns die Presse diese Gelegenheit nicht gehabt habe.

Herr Spühler erwidert, dass sie mit allem, was bei uns vorgekehrt wurde, einverstanden sei. Sie habe das Gefühl, dass alle Massnahmen zu ihren Gunsten getroffen worden seien. Sie fühlt sich wohl und war auch frei, verschiedene Orte unseres Landes aufzusuchen.

Was die Presse betrifft, so sei festzustellen, dass sie nie begehrt habe, mit der Presse in Verbindung zu treten. Sie wollte ungeschoren bleiben. Die Schweizerpresse habe nie begehrt den Fall hoch zu spielen. Man werde unserer Presse voraussichtlich später einmal Aufschlüsse über ihren Aufenthalt in der Schweiz geben. Es wäre möglich, dass gewisse ausländische Presseorgane reklamieren werden. Wichtig werde vor allem sein, dass sie selber erklärt, dass sie keinen Wunsch gehabt hätte, mit der Presse in Kontakt zu kommen. Sie wollte nicht sprechen.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass wir jederzeit feststellen können, dass wir nur ihrem Wunsche Rechnung getragen haben. Wir



haben sie wie eine Person behandelt, die bei uns nur Ruhe sucht.

Schriftliche Anträge

Justiz- und Polizeidepartement

Beschwerde Walter Huber, Zürich

Herr Spühler macht darauf aufmerksam, dass etwas mit dem Datum nicht stimmen könne (17. November 1966 und 7. November 1966). Die BK wird beauftragt, das abzuklären.

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

II. Juragewässerkorrektion, Wiedererwägung und Kleine Anfrage Grolimund

Herr Gnägi stellt fest, dass das FZD mit Bezug auf die Vergütung der II. Juragewässerkorrektion an das Kraftwerk Flumenthal keinen Gegenantrag stellt. Die Frage der Anpassung der Bäche ist noch nicht abgeklärt. Man sollte hier noch kein Versprechen abgeben, aber ohne Präjudiz für die Behandlung der Angelegenheit die Abklärung auf später verschieben.

Der Herr Bundespräsident ^{Herr} ist beunruhigt, dass man noch keine Uebersicht über die Finanzlage habe.* Das FZD habe beim Kraftwerk kein Gegenantrag gestellt, obwohl es den Sprechenden gestört habe, mit welcher Leichtigkeit ATEL hier manövriert habe.
 * Jetzt heisst man, dass 40% mehr zu zahlen ist.
 Das Problem der Bäche sei nicht gelöst. Der Sprechende könnte sich einverstanden erklären, dass man jetzt hierüber keinen Beschluss fasst und zuzuwarten, bis die Frage der Bäche abgeklärt ist.

Herr Gnägi stellt fest, dass damit Ubereinstimmung besteht.

Was die Kleine Anfrage Grolimund betrifft, werden folgende Aenderungen getroffen:

In Absatz 2 wird der letzte Satz gestrichen.

In Absatz 3 wird das Wort "jedoch" gestrichen.

Absatz 4 muss heissen: "In Anbetracht der seit 1959 eingetretenen Teuerung, sowie der Umstellungen und Verzögerungen, welche sich ohne Kraftwerksbau für die II. JGK und ihr Bauprogramm ergäben, ist diese Erhöhung gerechtfertigt".

Uran für das Atomkraftwerk Beznau der NOK

Herr Gnägi bemerkt, dass er im Parlament erklärt habe, dass die Frage, wie die Kontrolle gehandhabt werde, noch nicht abgeklärt sei. Der Vertrag halte sich im Rahmen des Kooperationsabkommens. Was die Kontrolle betrifft, sei man der Meinung, dass das die Behörde in Wien macht. Das Problem sei aber noch sehr komplex. Unter diesen Umständen sollte man zuwarten, und die Frage der Kontrolle der internationalen Abmachung überlassen. Er habe darüber auch eine Besprechung mit unseren drei grössten Kraftwerken

gehabt. In unserem Vertrag mit der NOK ist festgelegt, dass alle Verpflichtungen des Bundes gegenüber der US/AEC von der NOK zu übernehmen sind und dass ihr alles überlassen bleibt. Der Bund ist hier nur Vermittler.

Herr von Moos hat den Bericht der Justizabteilung über die Kontrollfrage noch nicht erhalten. Er werde Herrn Gnägi mitteilen, wenn diese irgendwelche Bedenken haben sollte.

Unter diesem Vorbehalt wird dem Antrag zugestimmt.

Aussprache

Präsidentschaft

Allgemeiner Teil zum Geschäftsbericht 1966 (Aussenpolitik)

Herr Spühler erklärt, er habe schriftliche Bemerkungen von Herrn von Moos und Herrn Gnägi erhalten. Mit den Streichungen im ersten Abschnitt sei er grundsätzlich einverstanden, möchte aber die drei ersten Sätze stehen lassen.

Herr Gnägi und Herr von Moos stimmen zu.

Zu Seite 2 unten erklärt Herr Spühler, dass er unter aktiver Aussenpolitik eine Politik ständiger Präsenz verstehe. Das Wörtlein "aktiv" sollte deshalb stehen bleiben. Auf Seite 3 schlägt Herr Spühler vor, statt von "spektakulären Initiativen" zu sprechen, die Fassung zu wählen: "Den Beteiligten in erster Linie unsere Bereitschaft....".

Der Rat ist damit einverstanden.

Herr von Moos erklärt sich mit den von Herrn Spühler auf Seite 4 getroffenen Änderungen einverstanden.

Im ersten Absatz auf Seite 5 einigt man sich auf folgende Fassung des letzten Satzes: "Der Bundesrat begrüsst das damit zum Ausdruck kommende wachsende Interesse an den Problemen unserer Aussenpolitik und ist deshalb Willens, auch in Zukunft noch vermehrt die Öffentlichkeit zu orientieren".

Auf Seite 8 regt Herr von Moos an, entweder die Absätze 3 und 4 wegzulassen, oder in einem Satz zusammenzufassen.

Herr Spühler hält dafür, dass man bei Erwähnung der West/Ost-Probleme doch die verschiedenen Beziehungen erwähnen sollte, die hier möglich sind. Die Auffassung decke sich auch mit derjenigen des Europarates.

Herr von Moos möchte die Beziehungen zum Osten nicht so stark herausstellen. Herr Spühler möchte diesen Teil nochmals überholen und etwas dämpfen.

Herr Spühler schlägt eine Fassung vor, bei der die drei Absätze zusammengezogen werden und der Text stark gekürzt wird, womit der Rat einverstanden ist.

Auf Wunsch von Herrn Gnägi wird beschlossen, auf die Numerierung zu verzichten, entsprechend der Darstellung des Kapitels Innenpolitik.

- 4 -

U m f r a g eHr. S p ü h l e rAbschiedscocktail des Botschafters von Marokko

An diesem Cocktail, der am 27. April 1967 stattfindet, wird Herr Spühler teilnehmen.

Angelegenheit Studie Oberst Bolliger

Auf eine Frage von Herrn Spühler antwortet Herr Celio, dass diese Angelegenheit dahingefallen ist.

Hr. G n ä g iSchreiben der Kooperationsverwaltung Sursee wegen Waldschäden

Herr Gnägi stellt fest, dass in diesem Schreiben die Grenzen des Anstandes weit überschritten werden. Gegen Vorwürfe wie "Verrat" usw. sollte der Bundesrat unbedingt reagieren. Der Sprechende wisse nicht, warum er diesen an Herrn Schaffner adressierten Brief erhalten habe. An die Kooperationsverwaltung Sursee sollte ein vom Bundespräsidenten und Bundeskanzler unterschriebener Brief gerichtet werden, indem dieser Ton zurückgewiesen wird. Darin soll auch erklärt werden, was das EVD im Hinblick auf die Waldschäden angeordnet habe.

Der Rat ist einverstanden.

Gegeneinladung eines amerikanischen Generals

Der Rat ist damit einverstanden, dass man Herrn Korpskdt. Studer mit dem Gegenbesuch beauftragt.

PräsidialvorbringenEinladungen des Schweizerischen Fussballverbandes1. Schweizer Cup-Final

Herr Gnägi bemerkt, dass man bisher immer einen hohen Offizier abgeordnet habe. Er frage sich, ob nicht ab und zu auch ein Bundesrat gehen sollte. Er würde sich zur Verfügung stellen, wenn der Bundesrat diese Auffassung teilen würde.

Der Rat hat keine Einwendungen zu erheben.

2. Länderspiel Schweiz/Tschechoslowakei am 3. Mai3. Länderspiel Schweiz/Rumänien am 24. Mai

Die Einladung zu diesen beiden Länderspielen geht an das EMD. Es bleibt Herrn Celio überlassen, ob er selber gehen oder einen Offizier abordnen möchte.

Sitzung der Finanz- und Wirtschaftsdelegation; Inventar der Diskussionen über die Kennedy-Runde

Der Herr Bundespräsident orientiert über die verschiedenen

- 5 -

Probleme, die sich stellen und die Instruktionen, die für unsere Delegierten aufgestellt wurden. Er teilt mit, dass Herr Schaffner nach seiner Rückkehr den Rat noch eingehender orientieren werde.

* * *